



# Dr. Inge Gräßle MdEP

## Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

Lieber Leserinnen und Leser,

### Hilfe für das Kosovo nur unter strengeren Auflagen

Ich habe im Juni mit einer Delegation des Haushaltskontrollausschusses an einer Reise ins Kosovo teilgenommen. Wir haben dort viele Gespräche mit allen international Verantwortlichen geführt. Der Ausschuss kehrte von seiner Reise mit einer Vielzahl von offenen Fragen an die international Verantwortlichen und starker Kritik von Seiten der lokalen Regierung und des Parlaments zurück: Die bisherige Hilfe ist zu ¾ für so genannte technische Unterstützung ausgegeben worden, vor allem für ausländische Experten. Über 50 Studien sind erstellt worden, deren Wert vor Ort allerdings stark bestritten wird. Die Armutquote ist während der Zeit der UN-Verwaltung von 40% auf 42% gestiegen! Das Kosovo hat einen Haushaltsüberschuss von 400 Mio. Euro. In einem von Krieg und mangelnder Entwicklung immer noch stark gezeichneten Land bedeutet das, dass es nicht mehr Geld aufnehmen kann. Wir haben gesehen, dass eine Vielzahl von international Verantwortlichen die Verwaltung unter sich so aufgeteilt hat, dass es schwierig ist zu erkennen, wer wofür zuständig ist. Wir haben leider auch gesehen, dass der Kampf gegen die organisierte Kriminalität, gegen Korruption und Betrug zwar geführt wurde, aber ohne Folgen blieb. Die dafür eingesetzte International Task Force ITF beendet ihr Mandat zum 31. August 2008, ohne dass klar ist, wie ihre Ergebnisse weiter verfolgt werden. Mehrere Haftbefehle auch gegen UN-Mitarbeiter sind nicht vollstreckt worden. Angesichts der bereits jetzt existierenden Probleme darf die Geberkonferenz, die am 11. Juli in Brüssel zusammenkommt, nicht

einfach 1,4 Mrd. Euro mehr ins Kosovo schicken, solange die Rechtsstaatlichkeit nur auf dem Papier existiert. Ich halte es für dringend notwendig, die UN-Verwaltung abzulösen und die lokale Regierung und das nationale Parlament stärker in die Verantwortung zu nehmen.

### Ab 2012 verpflichtender Emissionshandel im Luftverkehr

Das Europäische Parlament hat sich in dieser Woche mit einer Richtlinie zur Einbeziehung des europäischen Luftverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem befasst. Nach dieser Richtlinie werden ab dem Jahr 2012 alle Fluggesellschaften, die auf einem europäischen Flughafen starten oder landen, in den Emissionshandel einbezogen. Damit sind nach der neuen Richtlinie erstmals auch Fluggesellschaften aus China oder den USA, die in Europa landen wollen betroffen. Ziel ist die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Luftverkehr und die damit verbundene immer stärker ansteigende Luftverschmutzung. In der ersten Periode bis zum Jahr 2012 soll die Emission um 3 Prozent und in der zweiten Periode ab 2013 um 5 Prozent verringert werden. Das Emissionshandelssystem basiert auf folgenden Prinzip: Die Unternehmen erhalten kostenlos Zertifikate, die zum Ausstoß einer ganz bestimmten CO<sub>2</sub>-Menge berechtigen. Wird der Ausstoß durch eigene Maßnahmen verringert, kann ein Unternehmen die nicht benötigten Zertifikate verkaufen. Im Gegensatz dazu, muss ein Unternehmen zusätzliche Zertifikate einkaufen, wenn die eigenen Maßnahmen zur Verringerung nicht wirkungsvoll sind. Es ist vorgesehen, dass 85% der Zertifikate kostenlos verteilt werden und 15% versteigert werden. Bis jetzt galt das

Emissionshandelssystem nur bei Industrieunternehmen wie Kraftwerken, Chemiefirmen oder Stahlwerken, Papierfabriken ect. Durch die Richtlinie müssen nun auch die Fluggesellschaften den Ausstoß von Treibhausgasen verringern, um zusätzliche Zahlungen zu verringern. Nebeneffekt: Flugtickets werden voraussichtlich teurer.

### Reform des EU- Erdgasmarktes

Am Mittwoch haben die Europaabgeordneten über die neue Reform des EU-Erdgasmarktes abgestimmt. Ziel ist mehr Wettbewerb, Versorgungssicherheit und ökologisch Nachhaltigkeit für den Erdgasbinnenmarkt zu schaffen. Im Mittelpunkt der Reform steht eine neue Richtlinie, die vor allem die Rechte des Verbrauchers stärken soll. Ohne zusätzliche Kosten kann er von einem Vertrag mit seinem Gasversorger zurücktreten. Ebenso sollen Entschädigungen und Erstattungen bei Nichteinhaltung der Leistungsqualität eingeführt werden. Dazu gehört auch fehlerhafte oder verspätete Rechnungserstellung von Seiten des Anbieters. Auch jede Gebührenerhöhung muss dem Kunden ab jetzt in einer angemessenen Frist vorher mitgeteilt werden. Der Verbraucher kann eine monatliche Information über seinen Gasverbrauch und die dadurch entstehenden Kosten anfordern, ohne dass ihm zusätzliche Kosten in Rechnung gestellt werden dürfen. Außerdem hat die neue Reform zum Ziel, einheitliche Wettbewerbsbedingungen für den Gas- und Strommarkt zu schaffen. Hier gilt nun das Modell des "Unabhängigen Übertragungsnetzbetreibers" (ITO): Die Versorgungsunternehmen bleiben weiterhin Eigentümer der Fernleitungen, das Management wird

Seite 1

### So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro  
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland  
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073  
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien  
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868  
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich  
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868  
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



# Dr. Inge Gräßle MdEP

## Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

jedoch auf einen ITO übertragen. Durch diese Unabhängigkeit sollen einheitliche und faire Bedingungen für alle Betreiber garantiert werden.

### Neue Regelung für Lebensmittelzusatzstoffe

Bis jetzt gab es in der EU viele unterschiedliche Regelungen für den Umgang mit Lebensmittel-Zusatzstoffen. Das Parlament hat diese Woche beschlossen, diese Regelungen durch vier neue Verordnungen zu vereinfachen und dabei die neuesten wissenschaftlichen Ergebnisse zu berücksichtigen. Die erste Verordnung legt eine einheitliche, EU-weite Zulassung von Zusatzstoffen, Enzymen und Aromen in Lebensmitteln fest. Die Zulassung erfolgt auf Basis der Ergebnisse der "Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit". Sie wird für alle Lebensmittel transparent und zentralisiert durchgeführt. Die drei weiteren Verordnungen enthalten unter anderem Listen zulässiger Produkte, sowie genaue Bedingungen und Regelungen für deren Kennzeichnung. So müssen ab jetzt Zusatzstoffe mit so genannten Azo-Farbstoffen mit speziellen Warnhinweisen gekennzeichnet werden, da diese nach neuesten Erkenntnissen ein Gesundheitsrisiko für Kinder darstellen können. Die neuen Verordnungen verbieten in Zukunft auch das Hinzufügen von Zusatzstoffen in unverarbeiteten Lebensmitteln, sowie Süß- und Farbstoffe in Lebensmitteln für Säuglinge und Kleinkinder. Parallel zu den Zulassungsverfahren für neue Zusatzstoffe, Aromen und Enzyme werden jetzt Schritt für Schritt alle sich bereits auf dem Markt befindlichen Stoffe erneut überprüft. Außerdem soll eine strengere Definition für Aromastoffe, die als "natürlich"

bezeichnet werden, gelten. Die Definition "natürliche Aromastoffe" gilt nur, wenn mindestens 95% der Inhaltsstoffe natürlichen Ursprungs sind.

### Europäische Zentralbank als die "Hüterin des Euro"

Die Abgeordneten lobte in dieser Woche die Arbeit der Europäischen Zentralbank (EZB) bei der Bewältigung der Unruhen auf dem Finanzmarkt, die durch die diesjährige Krise auf dem amerikanischen Immobilienmarkt ausgelöst wurde. Die Abgeordneten forderten eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken und den Aufsichtsbehörden, um die Stabilität auf den Finanzmärkten weiter zu erhalten. Es sei auch wichtig, einen einheitlichen EU-Rahmen für die Finanzaufsicht zu errichten. Die Abgeordneten fordern die EZB auf, die Folgen der Finanzunruhen zu analysieren und genau zu prüfen, um auch in Zukunft für Unruhen gewappnet zu sein. Die EZB wird aufgefordert, sich auf die steigende Anzahl an Euro-Staaten in der EU vorzubereiten.

### Ende für irreführende Angebote bei Flugtickets

Falsche Lockangebote mit unklaren Preisangaben bei Flugtickets soll es jetzt nicht mehr geben. In Zukunft müssen Fluggesellschaften den tatsächlichen Flugpreis inklusive aller zusätzlich anfallenden Kosten wie Steuern, Flughafengebühren oder andere Zusatzkosten dem Passagier von vornherein offen darlegen. Passagiere erhalten künftig eine vollständige Aufschlüsselung des tatsächlichen Flugpreises. Auch "freiwillige Zusatzkosten" wie etwas das Mitnehmen zusätzlicher Gepäckstücke müssen ab jetzt zu

Beginn jeder Buchung für den Kunden unmissverständlich dargestellt werden. Damit sollen Lockangebote und missverständlicher Preisangebote vermieden werden. Die Verordnung tritt unmittelbar nach Ihrer Veröffentlichung in Kraft und gilt einheitlich für alle europäischen Fluggesellschaften.

### Französischer Präsident Sarkozy sprach im Plenum

Großes Sicherheitsaufgebot für die französische Ratspräsidentschaft. Erstmals sprach am Donnerstag Präsident Sarkozy im Plenum. Selbst Abgeordneten wurde der Zugang ins Parlament nur auf Umwegen gestattet.

### Besuch aus der Heimat im Europaparlament in Straßburg

Diese Woche hatte ich in Straßburg wieder Besuch aus der Heimat. Am Mittwoch war der Gemeinderat aus Sontheim/Brenz im Parlament, am Donnerstag die Deutschordenschule aus Lauchheim und das Parlergymnasium aus Schwäbisch Gmünd. Alle Besucher hatten die Chance einen kleinen Einblick in den Alltag hier im Parlament zu bekommen.

### Neues aus meinem Büro in Brüssel und Straßburg

Für den Monat August geht das Parlament in seine alljährliche Sommerpause. Selbstverständlich ist mein Büro in Heidenheim und Brüssel auch weiterhin für Sie erreichbar. Trotzdem kann es bei der Bearbeitung von Ihren Anfragen zu kleinen Verzögerungen kommen, da unsere Ansprechpartner in den anderen europäischen Institutionen ebenfalls in der Sommerpause sind. Ich wünsche Ihnen eine schöne Sommerzeit!

Seite 2

### So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro  
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland  
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073  
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien  
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868  
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich  
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868  
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu